





Fragen des Ortsfrauenausschusses der IG Metall Schwäbisch Hall

an die Bundestagskandidatinnen- und kandidaten. So haben Sie uns geantwortet. Oder, wie im Falle der FDP leider auch nicht:

 CDU C. v. Stetten	 Harald Ebner	 Silvia Ofori	 Annette Sawade
<p>Frage: Im Teilzeit- und Befristungsgesetz ist vorgesehen, dass Frauen und Männer wegen Kindererziehung ihre Vollzeitarbeitszeit reduzieren können. Umgekehrt, also von Teilzeit in Vollzeit nach Kindererziehungszeiten, gibt es keinen Rechtsanspruch. Unterstützen Sie ein Gesetz, das eine Änderung in diesem Sinne vorsieht?</p>			
<p>Im Bereich des Arbeitsrechts haben wir keine Änderungen vorgesehen.</p>	<p>Wir GRÜNEN setzen uns seit Jahren für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ein. Deshalb halte ich eine Regelung, wie von Ihnen vorgeschlagen, für sinnvoll. Gerne setze ich mich dafür ein, soweit dies verfassungsrechtlich möglich ist. Voraussetzung dafür scheint mir mindestens, dass die Vollzeitbeschäftigung vor den Kindererziehungszeiten schon bestanden hatte.</p>	<p>Eine Gesetzesänderung ist dringend notwendig. Da überwiegend Frauen davon betroffen sind ist es auch eine Frage der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern.</p>	<p>Einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit unterstütze ich gern.</p>
<p>Es fehlen flächendeckend gute, kostenlose Einrichtungen für Ganztageskinderbetreuung (auch Schulen) für alle Altersklassen und mit gut qualifiziertem Personal. Wie wollen Sie erreichen, dass sich dies, auch im ländlichen Bereich, schnellstens ändert?</p>			
<p>Wir sorgen für mehr und bessere Betreuungsangebote, auch im ländlichen Bereich. Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Darüber hinaus stehen wir zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten. Den Kindergartenbesuch wollen wir langfristig beitragsfrei ermöglichen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.</p>	<p>Kinderbetreuung ist dringend notwendig und schnellstmöglich zu erreichen. Familienpolitisch zentral ist eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Hier gilt es vor allem den Umsetzungsstau bei den Platzzahlen aufzulösen, denn trotz vollmundiger Versprechen der Regierung ist der Ausbau der Kinderbetreuung bei weitem nicht bedarfsgerecht. Der Anspruch auf einen Betreuungsplatz muss zudem eine ganztägige Betreuung umfassen. Ganztagschulen und attraktive Hortangebote gehören hier dazu. Wesentlich ist außerdem, dass die Qualität der Angebote deutlich steigt und Kindertageeinrichtungen Zentren frühkindlicher Bildung und Betreuung werden. Frühkindliche Bildung ist entscheidend für den späteren Lernerfolg und verbessert die Lebenschancen der Kinder nachhaltig. Wir wollen daher eine Fachkraft mehr pro Gruppe als bisher und deutlich mehr Fachkräfte mit einer Ausbildung auf Hochschulniveau. In unserem Programm für 1 Million neue Jobs sehen wir auch die Schaffung von 185.000 neuen Stellen für Erzieherinnen, Fach- und Lehrkräfte in den nächsten vier Jahren vor. die Finanzierung wollen wir über den von uns vorgeschlagenen Bildungssoli sicherstellen.</p>	<p>Gute Kinderbetreuung, auch Ganztagesbetreuung, ist Voraussetzung für Chancengleichheit. Das Angebot zur Kinderbetreuung für alle Altersstufen muss qualitativ gut und auch flexibel sein. Erziehung und Bildung ist ein gesellschaftlicher Auftrag. Von daher muss Kinderbetreuung auch von der gesamten Gesellschaft finanziert werden und es muss dafür Sorge getragen werden, dass uns Bildungssystem eine hohe Qualifikation des Personals gewährleistet aber auch eine hochwertige Ganztagesbetreuung möglich ist. Dasselbe gilt für Schulen und auch für Universitäten. Die Studiengebühren müssen wieder abgeschafft werden. Wir brauchen gleiche Bildungschancen für alle, denn das ist unsere Zukunft. Ausschlaggebend sind dabei wie viel finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Kinderbetreuung und Bildung müssen Vorrang haben. Geld für Bildung statt für Kriegseinsätze in Afghanistan. Denn Geld ist ja offensichtlich vorhanden, die Frage ist nur wie wird es eingesetzt.</p>	<p>Wenn der Bund in der Sache finanziell unterstützen soll, muss das Grundgesetz geändert werden. Ich bin natürlich dafür, dass die flächendeckende Kinderbetreuung im ländlichen Raum ausgebaut werden muss. Das heißt aber, dass dafür den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stehen muss. Meine Kollegen im Landtag unterstützen dies. Und, flexible, am Bedarf orientierte Lösungen sind gefragt. Also platzsharing, timesharing etc.</p>
<p>Treten Sie aktiv für die paritätische Finanzierung unseres sozialen Sicherungssystems ein? Dies würde auch bedeuten, die Rentenprivatisierung rückgängig zu machen, die Rente mit 67 wieder auf 65 zu ändern, die 10 Euro-Praxisgebühr aufzuheben sowie die Beitragsbemessungsgrenze bzw. Pflichtversicherungsgrenze abzuschaffen.</p>			
<p>Die umlagefinanzierte Rentenversicherung bleibt auch in Zukunft die stärkste Säule der Alterssicherung. Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 ist nach Auffassung der CDU eine wichtige rentenpolitische Maßnahme. Die deutlich höhere Lebenserwartung verbunden mit dem Rückgang der Geburten haben</p>	<p>Wir setzen uns im Bereich der Rente und der Gesundheitsvorsorge für eine Bürgerversicherung ein. In diese Bürgerversicherung sollen im Gegensatz zum jetzigen System alle Einkommensarten, also auch alle Gewinne aus Kapitalanlagen und -geschäften usw., also nicht mehr nur die lohnabhängig Beschäftigten, einzahlen.</p>	<p>Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist eine Grundfeste in unserem Land... Es wurde angefangen, sie scheinbarweise abzutragen. Das bringt soziale Errungenschaften ins Wanken und verstärkt die Umverteilung von unten nach oben. Damit muss endlich Schluss sein! Die</p>	<p>Praxisgebühren sind nicht nötig, die Rente wurde nicht privatisiert, sondern eine weitere Säule installiert. Ich bin für eine</p>

<p>ein Umdenken in der Haltung zur Rolle der älteren Arbeitnehmer (AN) und konkrete Verhaltensänderungen notwendig gemacht. Deshalb ist die Anhebung des Renteneintrittsalters auch ein verbindliches Signal an Wirtschaft und Gesellschaft. Die Arbeitswelt muss sich so verändern, dass auch ältere AN länger bei guter Gesundheit berufstätig bleiben können. ... Ferner stehen wir zu den gewachsenen Strukturen in der Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und lehnen eine Einheitsversicherung für alle ab.</p>	<p>Das verbreitert die Finanzierungsbasis und beendet die bis jetzt anhaltende Entsolidarisierung der Sicherungssysteme. Die Bürgerversicherung verbinden wir bei der Rente mit einer Garantierente für alle. Dazu gehören auch flexiblere Renteneintrittszeiten, die sich am Gesundheitszustand der Menschen orientieren. Die Bürgerversicherung macht Schluss mit dem Zweiklassensystem in der Medizin, weil auch hier alle Einkommensarten in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe einzahlen. Damit ist auch Schluss mit der Beitragsbemessungsgrenze.</p>	<p>gesetzliche Rente muss zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. DIE LINKE will die Teilprivatisierung der Rentenversicherung rückgängig machen, d.h. die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen und die erworbenen Ansprüche und die staatlichen Fördermittel in die gesetzliche Rente überführen. Die Rente mit 67 ist ein Rentenkürzungsprogramm und muss abgeschafft werden. Stattdessen brauchen wir flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr und die weitere Förderung der Altersteilzeit... Die 10 Euro Praxisgebühr sind für die ärmere Bevölkerung nicht bezahlbar und ein bürokratisches Monster. Heute wissen wir, wer arm ist hat eine geringere Lebenserwartung... Die Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenze ist abzuschaffen.</p>	<p>Bürgerversicherung, die die Beiträge auf eine breite Basis von Beitragszahlern stellt und in der Höhe vom Leistungsvermögen des einzelnen abhängig ist.</p>
--	--	--	--

Wie stehen Sie zu unserer Forderung, dass es bei allen Versicherungsarten Unisex-Tarife geben muss?

<p>Die deutsche gesetzliche Rentenversicherung ist als umlagefinanziertes Versicherungssystem organisiert. ... Auch im Bereich der Privatwirtschaft wird bereits eine Vielzahl von sogenannten Unisex-Tarifen angeboten. Eine generelle Einführung ist nach unserer Auffassung nicht zielführend. Denn in einer Vielzahl von Versicherungsarten hat das zu versichernde Risiko nichts mit dem Menschen als Individuum zu tun...</p>	<p>Befürworte ich, weil alles andere nichts mit Solidarität zu tun hat.</p>	<p>Aus meiner Sicht macht es Sinn, das Geschlecht nicht als Tarifkriterium zu verwenden. Besonders bei privaten Krankenversicherern sind die Tarife für Frauen bedeutend höher. Allerdings würde ich sowieso alle Menschen gesetzlich krankenversichern wollen. ... Ich finde eure Forderung richtig.</p>	<p>Keine Geschlechterdifferenzierung</p>
---	---	---	--

Wie stehen Sie zum Ehegattensplitting?

<p>Die CDU bekennt sich zur Ehe als partnerschaftliche Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft als Kern der Familie. Dieser Rolle muss das Steuerrecht weiterhin... Rechnung tragen. Wir wollen das Ehegattensplitting voll erhalten. Wir wollen die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf 8.004 Euro... anheben.</p>	<p>Der Staat soll Kinder und Familien fördern und nicht Ehen. Ein Abschmelzen des Ehegattensplittings zu Gunsten der Etablierung eines Kindergrundeinkommens würde dazu beitragen.</p>	<p>Statt Ehegattensplitting sollte eine individuelle Besteuerung eingeführt werden und daneben die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen und das Zusammenleben mit Kindern steuerlich gefördert werden. ... Wir brauchen ein Steuersystem, das Frauen nicht weiter an einer gewünschten Erwerbstätigkeit behindert und Verheiratete steuerlich massiv bevorzugt.</p>	<p>Ich bin für Familiensplitting, d.h. Steuererleichterungen für Familien mit Kindern. Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft.</p>
---	--	---	---

Treten Sie für absolute Lern- und Lehrmittelfreiheit ein und sind Sie für die Abschaffung der Studiengebühren?

<p>Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Seit 2005 hat Deutschland bei Bildung und Ausbildung einen Sprung nach vorne gemacht. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die BAföG-Bedarfssätze um 10% und die Einkommensfreibeträge um 8% angehoben. Mit dem Studienkredit der KfW Bank wurde eine zusätzliche Finanzierungshilfe geschaffen. Auch die Begabtenförderung haben wir ausgebaut und Aufstiegsstipendien für Studenten mit beruflicher Qualifizierung eingeführt... Neue Studienfinanzierungsmodelle sollen sicherstellen, dass niemand allein auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage von einem Studium abgehalten wird.</p>	<p>Beides ja!</p>	<p>Gleiche Bildungschancen für alle! Bildung öffnet Türen für die Zukunft. Alle Kinder brauchen eine hervorragende Bildung nicht nur diejenigen, die es sich persönlich finanziell leisten können. Deshalb die volle Lehr- und Lehrmittelfreiheit für alle Kinder und Jugendlichen.</p>	<p>Ich bin für Lehr- und Lehrmittelfreiheit aber auch für verantwortlichen Umgang damit. Studiengebührenfreiheit für das Erststudium, bzw. für den ersten Abschluss.</p>
---	-------------------	---	--